



Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -

am 29.04.2019

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:35 Uhr

Das Gremium besteht aus Bürgermeister und 15 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Baubürgermeister Christian Kuhlmann

Mitglieder:

Stadträtin Magdalena Bopp
Stadtrat Alfred Braig
Stadtrat Otto Deeng
Stadträtin Flavia Gutermann
Stadtrat Hubert Hagel
Stadtrat Ulrich Heinkele
Stadtrat Walter Herzhauser
Stadtrat Werner-Lutz Keil
Stadtrat Friedrich Kolesch
Stadträtin Gabriele Kübler
Stadtrat Herbert Pfender
Stadtrat Dr. Heiko Rahm
Stadträtin Silvia Sonntag
Stadtrat Josef Weber
Stadtrat Dr. Otmar M. Weigele

Verwaltung:

Alexander Wachter, Ortsvorsteher Mettenberg
Renate Werner, Rechnungsprüfungsamt
Roman Adler, Stadtplanungsamt
Andrea Appel, Gremien, Kommunikation,
Bürgerengagement
Nicole Buttke, Stadtplanungsamt
Carola Christ, Stadtplanungsamt
Joachim Dürr, Hochbauamt
Anna Kleine-Beek, Ordnungsamt
Siegfried Kopf-Jasinski, Hochbauamt
Regina Krug, Schriftführerin

Öffentliche Sitzung des Bauausschusses am 29.04.2019

Peter Münsch, Tiefbauamt
Werner Schoch, Hochbauamt

Gäste:

Herr Lewald
Herr Scheible
Frau Hochrein
Herr Stollhans
Stadtrat Ralph Heidenreich
Herr Fritsche, Biberach Kommunal
Herr Mägerle, Schwäbische Zeitung

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Straßenkataster 2019: - Vollausbau Osterbergstraße und Beim Fohrhäldele in Biberach - Vorstellung Planung und Baubeschluss	2019/057
2.	Neubau Dollinger-Realschule, Heinz H. Engler-Forum und Wilhelm-Leger-Sporthalle - Kostenfeststellung	2019/075
3.	Versetzen von Geländern auf dem Gigelberg	2019/071
4.	Pflanzung von Bäumen im Stadtgebiet Antrag der Grünen Fraktion AT 2019/003 vom 05.03.2019	2019/076
5.	Erweiterung der bestehenden Förderung für Maßnahmen, die die Umwelt nachhaltig verbessern Antrag der Freien Wähler Fraktion AT 2019/001 vom 21.01.2019	2019/078
6.	Bekanntgaben und Verschiedenes	
6.1.	Verschiedenes - Verbot von Kiesgärten	
6.2.	Verschiedenes - Abrechnung Dollinger Realschule	

Die Mitglieder wurden am 17.04.2019 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Ratsinfosystem unter www.ris-biberach.de am 17.04.2019 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1. Straßenkataster 2019: - Vollausbau Osterbergstraße und Beim Fohrhäldele in Biberach 2019/057
- Vorstellung Planung und Baubeschluss

Dem Bauausschuss liegt die in dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2019/057 zur Beschlussfassung vor.

BM Kuhlmann erklärt, dass sich die Erneuerung der Osterbergstraße und Beim Fohrhäldele aus dem Straßenkataster ableitet. Zur Umsetzung der Gesamtmaßnahme sind im HH-Plan 2019 für die Osterbergstraße 280.000,00 € und für die Straße Beim Fohrhäldele 430.000,00 € bereitgestellt.

Durch die gebündelte Ausschreibung und ein großzügiges Zeitfenster für die Ausführung bis Ende Juli 2020 hoffe er trotz hoher Baupreise auf ein kostenmäßig akzeptables Angebot.

Herr Münsch erläutert die Baumaßnahme. Osterbergstraße und Beim Fohrhäldele sind in einem schlechten Zustand und laut Straßenkataster der Stadt längst für eine Komplettsanierung vorgesehen. Derzeit sind die Fahrbahnen und die vorhandenen Fußwege asphaltiert, weisen aber neben Rissen, Netzfalten und Flickstellen viele Ausbrüche, Setzungen und Schlaglöcher auf. Ein ausreichend tragfähiger und frostsicherer Kiesunterbau ist großteils nicht gegeben. Vorgesehen ist die Erneuerung des kompletten Straßenaufbaus der Fahrbahnen und der vorhandenen Fußwege. Im Streckenabschnitt Beim Fohrhäldele 2 wird nur eine erweiterte Belagsanierung durchgeführt. Geplant ist, die Straßen als Mischverkehrsfläche anzulegen. Das bedeutet, bis auf einen kleinen Gehweg von der Einmündung Bergerhauser Straße bis zum Parkplatz Landwirtschaftsschule wird es keine Gehwege mehr geben. Alle Verkehrsteilnehmer nutzen die einheitlich asphaltierte Fahrbahnfläche. Erneuert werden auch die Fußwege, die eine Querverbindung zwischen den einzelnen Straßen bilden.

Außerdem sind eine Ampel und eine Querungshilfe vorgesehen. Mit den Anwohnern gab es keine großen Diskussionen, lediglich Anfragen zur Zufahrt zu den Grundstücken während der Bauphase und zu der Lage der Straßenlaternen wurden gestellt. Der Fußweg über die Treppenanlage muss planerisch aufgearbeitet werden und wird für den HH-Plan 2020 angemeldet.

Ausgeschrieben wird im diesen Zuge auch die Einrichtung einer Fußgängerampel unterhalb der Landwirtschaftsschule an der Bergerhauser Straße. Der dortige Zebrastreifen muss aus rechtlichen Gründen entfernt werden, weil die notwendigen Sichten nicht gegeben sind. Hierfür werden laut Herr Münsch 40.000,00 € fällig. Ebenfalls ausgeschrieben wird der Bau einer Querungshilfe über die Bergerhauser Straße oberhalb der Einmündung zur Telawiallee. Diese ermöglicht Fußgängern den Weg vom und ins Neubaugebiet Talfeld. Rund 60.000,00 € wird diese Maßnahme kosten. Weitere 35.000,00 € kostet eine notwendige Belagsanierung in der Bergerhauser Straße, die nun ebenfalls ausgeschrieben wird. Geplant ist, alle Arbeiten in mehreren Abschnitten auszuführen. Sollte eine Firma noch dieses Jahr damit beginnen, so muss sie die Arbeiten in den entsprechenden Straßenzügen noch vor dem Winter zu Ende bringen.

StR Kolesch und seine Fraktion befürworten die Maßnahme sehr. Er ist der Meinung, dass der Vollausbau der Osterbergstraße und „Beim Fohrhäldele“ zwingend notwendig sei, nachdem jahrzehntelang nichts passiert sei. Auch bei der Fußgängerampel sei es höchste Zeit. Es sei 3 Jahre her, dass dies beschlossen wurde. Die drei Zusatzmaßnahmen, die mit ausgeschrieben werden sollen, halten sie für sinnvoll. Ihn interessiert, wie Herr Münsch die Kosten einschätzt.

Die CDU **stimmt** der Vorlage gerne zu.

StRin Kübler fügt hinzu, dass die Straßen dringend saniert werden müssen. Sie hält die Querungshilfe für sehr wichtig. Außerdem hält sie die Querungshilfe zur Telawiallee ebenfalls für notwendig und überfällig. Sie möchte wissen, ob hier nicht auch eine Fußgängerampel gebaut werden könne. Sie bittet deshalb um Überprüfung, ob anstelle der Querungshilfe auch eine Ampel möglich sei, wie in der Bergerhauser Straße. Sie möchte wissen, ob die Belagsanierung in ganzer Breite in Asphalt durchgeführt werden soll. Die Gehwegsbereiche sind auch für ältere Mitbürger ohne Probleme zu begehen. Sie bittet um ausreichende Beschilderung für die Mischverkehrsflächen. Sie weist daraufhin, dass die Grünanlagen oft durch parkende Autos beschädigt werden. Sie bittet darum, dass die Firmen für die große Baustelle und die Haussanierungen sich nicht in die Quere kommen. Ihre Fraktion **stimmt** den Maßnahmen zu.

StRin Gutermann zeigt sich erfreut über die Maßnahmen und verweist auf die Vorteile des Straßenkatasters. Sie wird die **Zustimmung erteilen**.

StR Weber befürwortet die Sanierung entsprechend dem Straßenkataster Stück für Stück. Seiner Ansicht nach muss es auf jeden Fall eine Mittelinsel geben, egal ob es eine Querungshilfe oder eine Ampel geben wird. Er ist für die Maßnahme sehr dankbar.

StR Weber freut sich auf die Fußgängerampel besonders. Das ist dort ein gefährliches Eck.

StR Braig möchte wissen, wie die Ampel finanziert wird. Die Asphaltpreise sind sehr gestiegen.

Herr Münsch erklärt, dass er durch ein größeres Zeitfenster auf mehr Anbieter zu einigermaßen üblichen Preisen hofft. Die Ampel kostet ca. 40.000,00 €, eine Querungshilfe 50.000,00 € bis 60.000,00 € und die Deckensanierung ca. 35.000,00 €. Seiner Ansicht nach ist die Querungshilfe sicherer, da hier nur eine Fahrtrichtung beachtet werden muss. Es ist jedoch auch eine Ampel möglich. Eine Ampel ist ca. 15.000,00 € bis 20.000,00 € günstiger, jedoch ohne Berücksichtigung der Betriebskosten.

BM Kuhlmann hält die Querungshilfe aus verkehrstechnischer Sicht für die bessere Lösung. Man habe sich bewusst für eine Querungshilfe entschieden. Eine Ampel ist nicht zwingend notwendig, da es sich um ein schärferes Mittel handelt. Die Beschilderung für die Tempo 30 Zone gibt er direkt an Frau Kleine-Beeck vom Ordnungsamt weiter. Es wird alles asphaltiert. Das angesprochene Problem mit dem Parken an der Böschung wird an das Ordnungsamt weitergegeben und in einer Verkehrsschau geprüft.

Nach kurzer Diskussion fasst der Bauausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Planung für den Vollausbau der Osterbergstraße und Beim Fohrhäldele im Rahmen des Haushaltsplanes wird zugestimmt.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausschreibung und Vergabe der Baumaßnahme "Vollausbau der Osterbergstraße und Beim Fohrhäldele" im Rahmen des Haushaltsplanes durchzuführen.**

TOP 2. Neubau Dollinger-Realschule, Heinz H. Engler-Forum und Wilhelm-Leger-Sporthalle – Kostenfeststellung 2019/075

Dem Bauausschuss liegt die in dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2019/075 zur Kenntnisnahme vor.

BM Kuhlmann berichtet, dass der Gemeinderat sich 2010 für die Beauftragung des Gewinnerteams des interdisziplinären Planungswettbewerbs unter der Führung von Lanz Schwager Architekten BDA, Konstanz, ausgesprochen hat. Das Projekt wurde mit 47.558.227,92 € abgerechnet. Das Gremium erhält hiermit eine abschließende Kostenbetrachtung. Bereits 2014 sei man von einer Prognose von rund 6 % Kostensteigerung ausgegangen. Da seien wir nun auch gelandet. Dass bis zur endgültigen Kostenfeststellung eine so lange Zeit vergangen sei, habe unter anderem mit Rechtsstreitigkeiten zu tun gehabt, die noch bearbeitet werden mussten. So hätten Firmen nicht die Arbeit abgeliefert, die gefordert waren, eine andere sei während der Bauzeit in Insolvenz gegangen. Außerdem hätten Mängel nachbearbeitet werden müssen.

Herr Kopf-Jasinski fügt hinzu, dass es zwischenzeitlich keine Nachforderungen mehr gibt, die Mängel sind behoben. Für den Bau hat die Stadt Zuschusszusagen über 8,66 Millionen € erhalten, wovon 884.000,00 € noch ausstehen.

StRin Kübler gibt zu Bedenken, dass die Vorlage etwas schwierig zu lesen war. Sie möchte wissen, ob das Problem mit dem Schimmel sich nun erledigt hat.

StRin Bopp möchte wissen, ob die Dacharbeiten im Griff sind. Sie möchte wissen, ob die Photovoltaikanlage tatsächlich vermietet ist.

StR Braig interessiert sich für den Stromverbrauch. Mehr Stromverbrauch bedeutet auch mehr Personal.

Herr Kopf-Jasinski erklärt, dass die nun folgenden Kosten nur noch der Bauunterhaltung dienen. Es handelt sich um keine Investitionskosten mehr. Er erläutert das Ergebnis zu den verschiedenen Mängeln. Die Gewährleistung ist nun abgelaufen.

Auf dem an eine Solarfirma vermieteten Dach der Schule befindet sich eine Photovoltaikanlage, die rund 130.000 Kilowattstunden Strom pro Jahr erzeugen kann. Zum Vergleich: Die Schule verbraucht etwa 200.000,00 Kilowattstunden pro Jahr. Dies bedeutet, dass mehr als die Hälfte selbst produziert werden könnte. Das Personal für die Schule besteht aus 2 Hausmeistern. Für Näheres muss man Herr Walz fragen. Außerdem gibt es zwei Elektromeister beim Gebäudemanagement welche für die Schule zuständig sind. Die Mängel am Dach wurden behoben. Der Realschulneubau ist nun endgültig abgerechnet.

Der Bauausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

TOP 3. Versetzen von Geländern auf dem Gigelberg

2019/071

Dem Bauausschuss liegt die in dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2019/071 zur Kenntnisnahme vor.

BM Kuhlmann erläutert, dass die Anwohner im Bereich des Weberbergs und der Wielandstraße seit Jahren über Probleme mit Steine und Flaschenwerfern vom Gigelberg berichten. Die Stadt hat sich nun um eine Lösung in Absprache mit den Anwohnern durchgerungen.

Frau Christ hält es für sehr bedauerlich, dass dieses Problem besteht. Nach einem Ortstermin mit Vertretern des Gemeinderates, des Baubetriebs- Ordnungs- und Stadtplanungsamtes sowie einzelnen Anwohnern wurden einvernehmlich im Jahr 2015 und 2016 folgende Maßnahmen umgesetzt:

1. Die nördliche Feuerwehrezufahrt zum Hirschgraben wurde durch ein Tor gesperrt.
2. Der schmale Fußweg vom Gigelberg in Richtung Schützenkeller wurde durch zwei Tore abgesperrt.
3. Die freien Felder des Pavillons wurden mit Radgitter geschlossen um das Herunterwerfen von Gegenständen zu verhindern.
4. Der etwas tiefer liegende Sitzplatz nördlich des Pavillons wurde entfernt und der Holzzaun nach Westen versetzt.
5. Die nördliche und südliche Zufahrt zu dem östlich gelegenen Freibereich wurden durch Poller abgesperrt, um das Befahren der Grünflächen zu verhindern.
6. Der kommunale Ordnungsdienst und die Polizei bestreifen den Gigelberg täglich.

Laut Aussage der Anwohner hat sich die Lage seither entspannt, jedoch sind nun vermehrt Steine- und Flaschenwerfer beobachtet worden. Die Verwaltung schlägt deshalb als weitere Maßnahme vor, dass im Bereich der Schillerhöhe Holzäune von der Hangkante zurückgesetzt werden, um das Steine- und Flaschenwerfen in Richtung Wohngebäude zu verhindern. Das sieht zwar nicht mehr so gut aus, eine alternative wäre den Gigelberg zu sperren in der Nacht oder Fangnetze aufzustellen. Die Fundamente wurden schon gesetzt. Außerdem soll ein Schild aufgestellt werden auf dem darauf hingewiesen wird, dass das Steine- und Flaschenwerfen verboten ist und sachdingliche Hinweise auf einen Verstoß mit einer Prämie besetzt sind. Die Angrenzer sind einverstanden, diesen Versuch mitzugehen.

StR Hagel hält das Problem für sehr bedauerlich. Er lobt, dass die Verwaltung sehr gut informiert und die Sache mit den Angrenzern gemeinsam erörtert hat. Das Ganze nimmt nun eine neue Dimension an von der Schillerhöhe aus. Als weiterer Vorschlag der Anwohner kam, die Büsche höher wachsen zu lassen und mit möglichst stacheligen Büschen zu bepflanzen. Er bittet darum, dass das Baubetriebsamt die losen Steine regelmäßig beseitigt. Seiner Information nach handelt es sich auch um 13 bis 14 jährige. Hier müssen die Sozialarbeiter verstärkt tätig werden.

Öffentliche Sitzung des Bauausschusses am 29.04.2019

StRin Kübler macht das Ganze zornig und traurig zugleich. Die Schilder könnten kontraproduktiv sein. Sie sieht die Aktion als ein Zeichen für die Anwohner, dass man die Sache ernst nimmt. Sie bittet darum, die Beleuchtung zu überprüfen. Sie erkundigt sich, ob eine Bestreifung bis in die Morgenstunden stattfindet.

StR Heinkele war bei der Besichtigung mit dem Gemeinderat dabei. Er findet es schade, dass die Sicht versperrt wird, aber die Unversehrtheit der Anwohner ist ihm wichtiger. Er bittet darum, stachlige Berberitzen zu pflanzen. Er möchte wissen, was passiert wenn der Ordnungsdienst jemand hinter dem Zaun erwischt. Die Sache mit den Schildern sollte ausprobiert werden.

StRin Sonntag hält das Ganze für notwendig, sie werden **zustimmen**. Die Sache mit der Belohnung findet sie nicht schlecht.

StR Braig ist sich sicher, dass die Sache in zwei Jahren wieder auf dem Tisch ist. Es gibt ein Vollzugsdefizit hier.

BM Kuhlmann erklärt, dass die Beleuchtung schon mal geprüft wurde. Er **sagt zu**, dies nochmal anzuschauen.

Frau Kleine-Beek erklärt, dass der kommunale Ordnungsdienst bis 3 Uhr in der Nacht unterwegs ist. Danach ist die Polizei zuständig. Sie wird sich beim Revierleiter erkundigen, wie lange die Polizei hier aktiv ist. Wenn jemand den Zaun übersteigt, kann der kommunale Ordnungsdienst einen Platzverweis erteilen.

BM Kuhlmann hofft auf Erfolg der Maßnahme.

Der Bauausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

TOP 4. Pflanzung von Bäumen im Stadtgebiet
Antrag der Grünen Fraktion AT 2019/003 vom 05.03.2019

2019/076

Dem Bauausschuss liegt die in dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2019/076 zur Beschlussfassung vor.

BM Kuhlmann erklärt, dass es derzeit 11.622 Bäume im Stadtgebiet gibt. Es ist grundsätzlich das Ziel des Stadtplanungsamtes als eine Maßnahme zur Klimaanpassung den Baumbestand innerhalb bebauter Bereiche zu erweitern.

StR Weber ist dieses Jahr richtig erschrocken, als er die Liste mit den Baumfällungen gesehen hat. Seiner Ansicht nach könnten es mehr Bäume sein. Er möchte nicht an einer bestimmten Zahl festhalten. Er und seine Fraktion werden der Vorlage zustimmen.

StR Kolesch erklärt, dass er gerne **zustimmt**. Genauso wurde es in den letzten Jahren schon gemacht.

StR Rahm erklärt, dass man hier gar nicht dagegen sein kann. Er bittet darum, die Bäume zeitnah nachzupflanzen. Im Bereich des Lindele wurden die Wurzelstöcke nicht entfernt.

StRin Bopp ist mit der Vorlage ebenfalls einverstanden. Sie bittet darum, darauf zu achten, dass jeder Baum seine Pflanzfläche hat, die er braucht. Im Bereich des Lindele wurden die Wurzelstöcke nicht entfernt. Die Bäume auf dem Lindele und auf dem Gigelberg wurden nicht nachgepflanzt.

StR Braig und seine Fraktion **stimmen zu**.

StRin Sonntag findet es toll, dass im Bismarckring neue Bäume gepflanzt wurden. Es sollen jedoch in Zukunft auch Wassersäcke angedacht werden um den Bäumen bessere Bedingungen zu geben. Man sollte auch die Nachbarn anregen, die Straßenbäume zu gießen.

StR Deeng möchte, dass auch Anwohner mitgenommen werden bei der Auswahl der Bäume. Er hat z. B. bei sich einen Ahornbaum. Die Ahornsamen sind unzumutbar. Er möchte keine Ahornbäume in Wohngebieten haben.

Frau Christ ist bekannt, dass es Probleme mit dem Gießen gibt. Bei den Arten hat man in Zukunft nicht mehr so viel Auswahl, da man verträgliche Bäume benötigt.

Nach kurzer Diskussion fasst der Bauausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Für jeden gefälltten Baum muss mindestens ein Baum neu gepflanzt werden.**
- 2. Bei jedem Projekt, z. B. bei der Umgestaltung öffentlicher Räume wird geprüft, ob Bäume gepflanzt werden können.**

3. In neuen Baugebieten wird durchgängig eine Begrünung öffentlicher Straßenräume und Freiflächen mit Bäumen realisiert.

TOP 5. Erweiterung der bestehenden Förderung für Maßnahmen, die die Umwelt nachhaltig verbessern 2019/078
Antrag der Freien Wähler Fraktion AT 2019/001 vom 21.01.2019

Dem Bauausschuss liegt die in dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2019/078 zur Kenntnisnahme vor.

BM Kuhlmann erklärt, dass das Umweltschutzförderprogramm der Stadt Biberach in seinen Grundzügen seit über 20 Jahren besteht. Das Förderprogramm ist für private Ein- und Zweifamilienhäuser zugeschnitten. Eine Erhöhung des Rahmens ist aus Sicht der Verwaltung nicht notwendig. Sollte man das Programm erweitern wollen, benötigt man auch mehr Personal. Dies müsste dann im Rahmen des HH-Planes 2021 besprochen werden.

StR Heinkele möchte keine Dachbegrünung als Zwangsmaßnahme haben. Er wartet noch auf die angekündigte Vorlage zu dem Thema Dachbegrünung. Durch den Antrag der Freien Wähler sollte Bewegung in die Diskussion kommen.

StR Kolesch sieht den Fokus bei den Ein- und Zweifamilienhäusern. Dieser Schwerpunkt ist seiner Ansicht nach richtig.

StR Keil wartet auf den Entwurf der Verwaltung in Bezug auf die Dachbegrünung in Bebauungsplänen. Er befürwortet dies als Standard mit aufzunehmen, aber mit Befreiungsmöglichkeiten.

StR Weber ist der Ansicht, dass die Freien Wähler mit diesem Antrag den Nagel auf den Kopf getroffen haben. Sie halten eine Erhöhung und Erweiterung für notwendig. Er kann jedoch auch die Verwaltung verstehen. Eine Dachbegrünung sollte man besser bewerben. In der Vergangenheit wurde dies hier im Gremium oft abgelehnt. Es muss grundsätzlich aber seiner Ansicht nach begrünt sein.

StR Braig erinnert sich ebenfalls an die Zusage der Verwaltung für eine Vorlage wegen der Dachbegrünung.

BM Kuhlmann ist verwundert über die Aussage, dass das Gremium auf eine Vorlage wegen der Dachbegrünung wartet. Es wird keine Gesamtvorlage geben, sondern nur auf den Einzelfall bezogen.

Frau Christ ist erfreut, dass viele Bauräger erkannt haben, wie sinnvoll und wirtschaftlich eine Dachbegrünung ist. Die Dachbegrünung dient auch als Pufferung vor Niederschlagswasser. Dies haben einige Investoren erkannt, wie z. B. am Bismarckring oder beim neuen Landratsamt.

BM Kuhlmann fügt hinzu, dass eine Dachbegrünung nicht im Gewerbegebiet gefordert wird.

Nach kurzer Diskussion fasst der Bauausschuss mehrheitlich, mit 3 Enthaltungen (StRin Gutermann, StRin Bopp, StR Heinkele) folgenden

Beschluss:

Eine Erhöhung des Förderrahmens und eine Erweiterung der bestehenden Förderung wird abgelehnt.

TOP 6. Bekanntgaben und Verschiedenes

TOP 6.1. Verschiedenes - Verbot von Kiesgärten

StRin Bopp erkundigt sich nach der zugesagten Vorlage für das Verbot von Kiesgärten.

BM Kuhlmann **sagt** diese Vorlage im Juni, vor der Sommerpause, **zu**.

TOP 6.2. Verschiedenes – Abrechnung Dollinger Realschule

StR Weigle weist darauf hin, dass äußerste Vorsicht geboten ist bei Finanzierungen und damit verbundenen Abschreibungen. Bei Großbaustellen sollte seiner Ansicht nach immer ein Begleitgutachten durch die Finanzverwaltung erstellt werden.

BM Kuhlmann erklärt, dass dies in der HH-Planberatung bereits diskutiert wurde. Das Investitionsprogramm wird noch vor der Sommerpause vorgelegt. Das Finanzdezernat ist eingebunden.

Bauausschuss, 29.04.2019, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender: Baubürgermeister Kuhlmann

Stadtrat: Hagel

Stadtrat: Keil

Schriftführer: Krug

Gesehen: OB Zeidler

Gesehen: EBM Miller